



Ercheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1.40 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inländischen Verkehr monatlich 1.76 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Circulation Nr. 50 bei der Verlagsanstalt Postfach 1000 Wildbad. — Postkonto: Enztalbank GbR & Co., Wildbad; Verleger: Gemeindefiskus Wildbad. — Postfachkonto 291 74 Stuttgart. Anzeigenpreis: Die einfache Zeile über dem Raum im Bezirk Grundpreis 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Bekanntheit 30 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Inserate und bei Ausnahmefällen werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluß der Anzeigennahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Konkretenfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachbesserung weg. Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstraße 86, Telefon 479. — Wohnung: Haus Bollmer.

### Zwölf Jahre Versailles

Am 28. Juni 1919 wurde der Versailler Vertrag von unseren Vertretern unterzeichnet, nachdem er sechs Tage zuvor von der Mehrheit der Nationalversammlung angenommen worden war.

Inzwischen sind zwölf Jahre über das getrocknete und verarmte Deutschland dahingegangen. Eine zwölfjährige Leidensgeschichte, an deren Ende eine wirtschaftliche Not steht, wie sie wenige große Völker erlebt haben. Auf dem letzten Markstein stehen die Worte: „Notverordnung vom 5. Juni 1931“. Sie bedeutet oder soll wenigstens bedeuten: „Deutschlands letzte Kraftanstrengung“. Was dann? Bieleicht ein Chaos von dem Ausmaße, wie es der Zusammenbruch von 1918 oder die Inflation von 1923 waren? —

Dah es mit Deutschland schlimm, sehr schlimm steht, zeigt die Tat des amerikanischen Präsidenten vom letzten Sonntag. Der Aufruf zu einem einjährigen Weltmoratorium ist ein SOS-Ruf für Deutschland, kurz vor zwölf Uhr, von so großer Dringlichkeit, daß keine Stunde Aufschieben mehr möglich ist. Wohl handelt es sich nur um eine kurze Gasgengfrist. Und wenn nicht in dieser Schonzeit die Ketten von Versailles ganz gelöst oder wenigstens stark gelockert werden, dann stehen wir übers Jahr genau wieder an demselben kritischen Abgrund wie heute. —

Es ist bezeichnend, daß an diesem Schluß- und Wendepunkt wiederum ein amerikanischer Name steht. Wilson — Dawes — Young — Hoover: sie bedeuten auch vier Etappen der deutschen Nachkriegszeit. Wilson hat uns, wie der Rattenfänger von Hameln, unter den Frierensschalmeien seiner 14 Punkte in die Hölle von Versailles gelockt, wo man uns mit schweren Ketten an den Marterpfahl band und zu unserer Bewachung den Völkerverbund als Herberus vor das Tor setzte. Dawes hat uns einen Tributplan zur Zahlung auf unbestimmte Zeit vorgelegt, schon garniert mit einer Transferklausel, damit die deutsche Währung nicht abermals ein Salto mortale mache. Young hat unsere Jahresrenten herabgesetzt, dafür aber sie auf zwei Generationen verlängert und den Währungsschutz unterschlagen. Als kleines Pfälzerchen bot er uns für den äußersten Notfall ein zweijähriges Moratorium und dieses nur für den ausschiebbaren Teil der Annuitäten an.

Und jetzt der vierte Amerikaner! Hoover kündigt am 1. Juli das große „Heil- und Jubeljahr“ an, aber kein solches, das alle Schulden erläßt, sondern nur eine Erholungsphase für das arme gebehrte Wild gewährt. Dann kann der Totentanz von neuem losgehen. Aber er hat doch etwas für uns getan, eine kleine Wohltat, genau so wie seine drei anderen Volksgenossen. Freilich nicht aus Mitleid. Reiz, die böse Welt meint, aus purem Egoismus, damit nicht die Milliarden Dollar, die in Deutschland investiert sind, auch noch in den Ortus verschwinden. —

Doch sei dem, wie ihm wolle. Eines ist gewiß: die zwölf Jahre seit Versailles haben uns immer tiefer ins Elend geführt, und wenn ab und zu es anders aussah, so waren es kurzfristige Silberstreifen, Illusionen, die auf Grund neuer und immer wieder neuer Ansetzungen bewußt oder unbewußt uns vorgegaukelt wurden, bis man es uns nicht mehr verhehlen konnte. So sprach am 27. Mai 1930, also vor etwa einem Jahr, Minister Dr. Siegelwald: „Wir stehen jetzt vor der furchtbaren Realität, daß wir in den letzten Jahren vielfach in Illusionen gelebt und infolgedessen in unserer ganzen Politik ein großes Maß von Vertrauen verwirkt haben“, und kurz darauf sein Herr und Meister Dr. Brüning (29. Juli 1930): „Wir haben uns in Deutschland in den vergangenen Jahren in Illusionen hineingewiegt... Man habe an eine günstige Entwicklung geglaubt. Das ist eine völlige Illusion gewesen.“ Aber die, die damals gewarnt haben, sind nicht gehört worden.

Zwölf Jahre Versailles — es ist des Elends genug! Nieder mit Versailles!

### Deutschland und Frankreich

Durch die nächtliche Rundfunkrede des Reichskanzlers ist das dringendste politische Problem des heutigen Europa, das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich, wieder stark in den Mittelpunkt der öffentlichen Erörterung gerückt worden. Wenn man den Neuperfungen der deutschen Vintspresse Glauben schenken dürfte, dann wäre Deutschland in erster Linie an der Spannung schuld, die seit einigen Monaten zwischen beiden Ländern in verstärktem Maße besteht. Nirgends ist die Zollunionspolitik der beiden deutschen Länder so andauernd kritisiert worden, wie in einem Teil der deutschen Vintspresse. Zuerst sprach man davon, sie sei „unzeitgemäß“, später ging man dazu über, diese Aktion und dazu den Stahlhelm aufmarsch in Breslau dafür verantwortlich zu machen, daß sich das deutsch-französische Verhältnis abgekühlt hat.

Wenn von diesen Kreisen die neue Kanzlerrede begeistert begrüßt wird, dann ist doch wohl der Hinweis notwendig, daß die Brüningische Politik sehr weit verschieden ist von dem, was in gewissen Redaktionsstuben der deut-

### Tagespiegel

Soweit die Pariser Morgenblätter sich mit dem Zeitpunkt des Besuchs des Reichskanzlers und des Reichsaußenministers in Paris beschäftigen, sprechen sie, wie auch der „Matin“, von den ersten Tagen des Juli, einzelne nennen den 4. Juli. Der Besuch würde bis zum 6. Juli dauern.

Der Berliner Polizeipräsident, Grzesinski, hat das am 20. Juni erlassene Verbot der roten Spartakiade wieder aufgehoben. In diesem Verbot ist sicher auch das Reichsinnenministerium beteiligt gewesen, zumal die Notverordnung des Reichspräsidenten vom März 1931, die der Reichsregierung unbeschränkte Diktaturbefugnisse verleiht, das Reichsinnenministerium verpflichtet, alle offenen Vorbeereitungen zum Bürgerkrieg zu verhindern.

Im Röntgenhafer Mordprozeß verurteilte das Schwurgericht beim Landgericht III Berlin den Arbeiter Willi Kellich wegen Beihilfe zum Mord und verurteilt Mords zu drei Jahren einem Monat Zuchthaus, den Arbeiter Alfred Schulz wegen des gleichen Delikts zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren.

Der Streik der Milchsträger in Sevilla hat zu verschiedenen Zwischenfällen geführt. Es wurden Revolvergeschosse gewechselt und mehrere Verhaftungen vorgenommen. Angesichts des Streiks der Arbeiter der Gas- und Elektrizitätswerke sah der Gouverneur die Aufrechterhaltung der Betriebe durch Militär ins Auge, um für die Versorgung der Stadt mit Licht zu sorgen.

Die Vintspresse immer wieder empfohlen wird. Denn die Politik der deutschen Linken, soweit sie durch diese Presseorgane gemacht wird, läuft darauf hinaus, daß Deutschland unter allen Umständen mit Frankreich zu einer Einigung gelangen müsse, wobei die letzten Absichten und Methoden der französischen Politik gründlich verkannt werden. Diese Kreise vertreten die Auffassung, daß Deutschland nur seinen Friedenswillen, beispielsweise durch das Verbot des Stahlhelms, durch die Unterdrückung der nationalen Bewegung und durch den Verzicht auf eine eigene außenpolitische Linie zu beweisen brauche, um dadurch in Frankreich den „Friedensfreunden“ sofort zur Macht zu verhelfen. Diese Auffassung ist immer wieder durch die Tatsachen Lügen gestraft worden. Trotzdem wird sie in Deutschland weiter verfochten, ohne Rücksicht darauf, daß die französische Linke, sobald sie politische Verantwortung hat, genau dieselben Maßnahmen trifft und gutheißt wie die jetzige französische Regierung.

Was der Reichskanzler in seiner Rundfunkrede vorgeklagt hat, ist ganz etwas anderes. Die Feststellung, daß die Gestaltung des deutsch-französischen Verhältnisses für die weitere europäische Entwicklung entscheidend sein wird, kann kaum einem Widerspruch begegnen. Wenn Brüning nun in der jetzigen Lage den Franzosen eine offene Aussprache vorschlägt, dann kann dieses Angebot für Deutschland nur international günstig wirken, zumal es jetzt in erster Linie darauf ankommt, die Verantwortlichkeit für die kommenden Ereignisse von vornherein klarzustellen. Die französische Politik ist durch die Aktion des Präsidenten Hoover in die unangenehme Lage gebracht worden, endlich einmal klar Farbe zu bekennen. Wir sind jetzt an den Punkt gelangt, an dem die allgemeinen Phrasen nicht mehr ausreichen, mit denen Frankreich es bisher stets verstanden hat, seine eigentlichen imperialistischen und militaristischen Ziele geschickt zu verdecken. Man kennt in Frankreich diese Gefahr und versucht, neue Ausflüchte zu machen, um an einer klaren Entscheidung vorbeizukommen. Eine Klärung der Gegensätze und Verständigungsmöglichkeiten durch eine deutsch-französische Aussprache könnte deshalb für den weiteren Fortgang der europäischen Politik nur günstig wirken, vorausgesetzt, daß die Reichsregierung in solchen Verhandlungen die deutschen Lebensforderungen sachlich, aber mit unbeugsamer Energie zur Geltung bringt.

Zeigt sich dann, daß es sich wirklich nur, wie ein Teil der deutschen Presse meint, um „Missverständnisse“ handelt, dann dürfte sich bei gutem Willen auf beiden Seiten der Weg zu einer Verständigung schnell finden. Stellt sich dagegen heraus, daß die Gegensätze tiefer liegen und in der allgemeinen Richtung der französischen Politik begründet sind, dann erscheint es uns als ein Verdienst, wenn in dieser Beziehung endlich einmal die Atmosphäre gereinigt wird. Eine Aussprache, die zu diesem Ziele führt, hat gleichfalls ihren Zweck nicht verfehlt. Wir zweifeln nicht daran, daß Frankreich gesonnen ist, diese Politik der politischen Unterjochung auch gegenüber Deutschland durchzuführen, wenn es nur irgend kann. Wir halten es deshalb für günstig, wenn ein deutscher Staatsmann den Franzosen mündlich und in aller Eindringlichkeit einmal auseinandersetzt, daß Frankreich uns gegenüber mit dieser Absicht auf Granit stehen muß, daß Deutschland trotz seiner gegenwärtigen schweren wirtschaftlichen Nöte nicht bereit ist, auf seine staatliche Selbständigkeit zu verzichten, sondern daß es im Gegenteil den festen Willen hat, sie trotz der einschränkenden Bestimmungen des Versailler Diktates wieder in vollem Umfange für sich zu erkämpfen.

### Hoover soll sich verbürgen

Paris, 26. Juni. Heute nachmittag wird sich die Kammer mit dem Vorschlag des Präsidenten Hoover und der französischen Antwort auf ihn beschäftigen. In politischen Kreisen ist man der Ansicht, Laval werde darauf hinweisen, daß Hoovers Vorschlag den Youngplan als solchen gar nicht berühre, da es sich nicht um ein Moratorium, sondern um ein Frierjahr handle.

Wenn Hoover einwandfrei beständige bzw. garantierte, daß der Youngplan nach einem Jahr wieder in seinem vollen Umfange in Kraft trete und daß die französischen Rechte in keiner Weise in Frage gestellt werden sollen, so sei es möglich, daß die Kammer in irgendeiner Form auch auf die ungeschützten Zahlungen verzichten werde.

Die französischen Gegenanschläge hätten hauptsächlich bezweckt, eine Erklärung Hoovers über die Unverletzbarkeit des Youngplans hervorzurufen. Diese Feststellung werde es der Regierung ermöglichen, den Sturm in der Kammer zu beschwichtigen.

Laval wird heute in der Kammer den Text der französischen Antwortnote verlesen. Die Aussprache wird sich voraussichtlich sehr in die Länge ziehen, so daß wahrscheinlich eine Nachtstimmung notwendig wird. Es sind allein elf Interpellanten vorgemerkt, von denen jeder Anspruch auf eine Stunde Redezeit hat.

Während noch vor drei Tagen die Stimmung der Kammer auf dem Siedepunkt war, ist mittlerweile eine unmerkliche Abkühlung eingetreten. Alle Fraktionen sind entschlossen, der Regierung ihr Vertrauen zu gewähren und dadurch die Autorität des Kabinetts in der gegenwärtigen ernsten Situation zu stärken. Es ist anzunehmen, daß sich die Debatte auch auf die beabsichtigte deutsch-französische Ministerzusammenkunft erstrecken wird.

### Sommerreisen der Staatsmänner

Washington, 26. Juni. Amtlich wird mitgeteilt, daß Staatssekretär Stimson sich morgen an Bord der „Conte Grand“ nach Europa einschiffet. Am Donnerstag spätmittags erklärte Stimson, daß mit Einverständnis Hoovers beschlossen sei, auf der Europareise mit den Außenministern Deutschlands, Englands, Frankreichs und Italiens über die Schuldenfrage zu verhandeln. Seine Ankunft in Neapel werde am 7. Juli erfolgen. Anschließend daran erfolge die Weiterfahrt nach Rom. In Paris werde er am 15. Juli sein und am 21. Juli nach Berlin kommen, um am 27. Juli nach London zu fahren. Stimson betonte, daß er während des Besuchs Mac Donalds und Hendersons in Berlin nicht dort anwesend sein werde.

Auf eine Anfrage der belgischen Botschaft hat das Staatsdepartement geantwortet, Präsident Hoover betrachte Belgien als einen Hauptgläubiger Deutschlands und erwarte daher von der belgischen Regierung eine Antwort auf seine Vorschläge. — Durch diese Erklärung wird der in Brüssel ausgebreiteten Spekulation ein Ende gemacht, daß Belgien nicht zu den in der Hoover-Note erwähnten „Hauptgläubiger-Mächten“ gehöre und daher vom Frierjahr der Schulden- und Reparationszahlungen nicht betroffen werde.

### Mellons Verhandlungen in Paris

Mellon, der gestern in Paris eintraf, stattete noch in den Abendstunden des Donnerstag Finanzminister Flanckin einen Besuch ab, der etwa zwei Stunden dauerte. Dabei wurden sämtliche Fragen erörtert, die den Hooverschen Plan betreffen. Finanzminister Flanckin habe dabei dem Schatzsekretär die wirtschaftlichen und finanziellen Gründe auseinandergesetzt, die neben den politischen die französische Regierung zu ihrer Stellungnahme veranlaßt hätten. Mellon soll diesen Ausführungen viel Verständnis entgegengebracht haben, so daß man hofft, ein Kompromiß werde nicht allzu große Schwierigkeiten bereiten.

### In Berlin wird geplündert

Berlin, 26. Juni. Gestern vormittag um 11 Uhr fand am Mittelweg in Neukölln eine Protestversammlung der Arbeitslosen gegen die neue Notverordnung statt. Es bildete sich ein Demonstrationzug von etwa 200 Personen, der sich unter den Rufen: „Wir haben Hunger!“ nach der Hermannstraße zu bewegte. In der Hermannstraße traten aus dem Jugo acht Leute in ein Fleischwarengeschäft und entnahmen ihm etwa 10 Pfd. Wurst und Fleischwaren, die sie unter die Draußenstehenden verteilten. Auf dem weiteren



# Boranschlagsberatung.

Sitzung des Gemeinderats am 26. Juni 1931.

Anwesend: Vorsitzender und 15 Mitglieder, außerdem Rechnungsrat Schmid, Stadtbaumeister Winkler und Obersekretär Bollinger.

## 1. Beratung und Feststellung des Boranschlags des Gemeindehaushalts für 1931.

Der Boranschlag des Gemeindehaushalts für 1931, der gemäß Art. 168 d. V. D. vom 17. bis 23. Juni ds. Js. zur Einsicht öffentlich aufgelegt war und am 16. Juni ds. Js. jedem Mitglied des Gemeinderats zugestellt worden ist, kommt heute in öffentlicher Sitzung des Gemeinderats zur Beratung und Feststellung.

Der Vorsitzende, der den Boranschlag schon in der letzten Sitzung vom 16. ds. Mts. des Näheren erläutert hat, macht hierzu folgende weitere Ausführungen:

Auch die Haushalte der kleinen Städte und Gemeinden sind heute ein treues Spiegelbild der allgemeinen Lage in Deutschland. Die wirtschaftliche Not, die große Arbeitslosigkeit mit den ständig wachsenden Wohlfahrtslasten, der Zurückgang der Steuererträge und aller sonstigen Einnahmequellen, insbesondere der Holzzerlöse bringen die Gemeindehaushalte von Jahr zu Jahr mehr in Bedrängnis. Selbst die größte Sparamkeit der Verwaltung, die Vermeidung jeder größeren Ausgabe unter Beschränkung auf das Allernötigste und die peinlichste Wahrnehmung der städtischen Belange schützen nicht dagegen. Die schicksalshafte Verbundenheit auch des kleinsten Gemeinwesens mit dem Volksganzen; mit den wirtschaftlichen Vorgängen im Reich wirkt sich immer mehr aus. Die bisher als wohlhabend geltenden kleineren Städte und Gemeinden, zu denen Wildbad gerechnet wurde, leiden genau so unter den jetzigen Verhältnissen, wie die größeren Städte und die weniger wohlhabenden Gemeinden. Ja, die Gemeinden mit großem Waldbesitz sind heute entschieden in schlimmerer Lage als die anderen, weil sich ihr Gemeindehaushalt auf die Einnahmen aus dem Waldbesitz von jeher eingestellt hatte und sie durch den Zurückgang der Holzzerlöse unter die Friedenspreise jetzt doppelt schwer getroffen sind, wozu bei ihnen noch kommt, daß ihnen die Fürsorge für die zahlreichen Holzhauer und Waldarbeiter obliegt.

Der ihnen vorliegende Boranschlag des Gemeindehaushalts für 1931 zeigt deshalb unverkennbar eine weitere Verschärfung der miffligen Lage unserer Stadt. Sie wäre aber weit nicht in dem Maße vorhanden, wenn nicht durch eine ansehnliche Auslegung der Steuererträge die hiesige staatliche Badverwaltung, die bisher der größte Steuertributent war, von der Gemeindesteuerpflicht in der Hauptsache befreit worden wäre. Eine beim Verwaltungsgerichtshof anhängige Verwaltungsrechtsbeschwerde wird hier hoffentlich Wandel schaffen. Betont wuß werden, daß es nicht gelang, das Gemeindevermögen in seiner Substanz nicht anzugreifen. Der Grundbesitz, insbesondere der Waldbesitz, mit seinen in die Millionen gehenden Werten wurde bisher ungeschmälert erhalten, ebenso der Gebäudebesitz und die beträchtlichen Werte, welche in den wertvollen verbundenen Anlagen der Stadt (Bergbahn, Elektrizitätswerk, Gaswerk, Wasserwerk usw.) investiert sind. Das Schulden- und Finanzwesen der Stadt ist als durchaus geordnet zu bezeichnen. Zu ersten Besorgnissen liegt deshalb bis jetzt kein Anlaß vor.

Nach dem vorliegenden Boranschlag beträgt die Gesamtsumme der Einnahmen 1931: 743 440 Mark gegen 783 560 Mark im Vorjahr, die Gesamtsumme der Ausgaben 1 042 940 Mark gegen 1 100 930 Mark im Vorjahr, der Abmangel 299 500 Mark gegen 317 470 Mark im Vorjahr.

Bezüglich einzelner Positionen des Boranschlags ist zu bemerken:

### Gebäudebesitz.

Der aus 22 Wohnhäusern und 7 öffentlichen Gebäuden bestehende Gebäudebesitz der Stadtgemeinde hat wohl einen beträchtlichen Wert — er ist zur Gebäudebrandversicherung allein mit 1 586 206 Mark eingeschätzt —, sein Ertragsnis ist aber nicht entsprechend. Ein Teil der Mietzinse geht schwer ein und ist teilweise uneinbringlich, trotz aller Bemühungen der Stadtpflege. Für 1931 sind die Mietzinse mit 31 000 Mk. in den Boranschlag eingestellt gegen 32 500 Mark im Vorjahr. Die Unterhaltung der Gebäude erfordert 1931: 15 400 Mark gegen 22 800 Mark im Vorjahr, sie wird also 1931 auf das allernotwendigste beschränkt werden.

### Waldbesitz.

Die Holzzerlöse sind gegen das Vorjahr weiter stark gesunken. Sie haben jetzt die Preise vor dem Kriege weit unterschritten. Für 1 Jm. Fichten- oder Tannenholz 1 Kl. werden z. B. jetzt ca. 18 Mk. erzielt, während der Erlös im Jahre 1913 noch 30 Mk. betrug. Wenn wir für 1931 trotzdem für Holzzerlöse 195 450 Mark in den Boranschlag einstellen konnten, so war dies nur dadurch möglich, daß die Nutzung größtenteils in Forstentwässerung erfolgte und den Wäldern der Käuferkraft und der Marktfrage möglichst Rechnung getragen wurde. Hierzu kam, daß die großen Mengen Schneedruckholz noch zu erträglichen Preisen abgesetzt werden konnten. Die planmäßige Nutzungsmenge wurde möglichst eingehalten. Es sind 1931 eingestellt für Holzzerlöse 195 450 Mark gegen 230 300 Mark im Vorjahr, mit Nebenleistungen und sonstiges 1931: 205 300 Mark gegen 243 580 Mark im Vorjahr. Die Wirtschaftskosten, Holzhaufenerlöse, Kulturkosten, Wegunterhaltung sind insgesamt mit 139 200 Mark gegen 155 400 Mark i. V. eingestellt. Da die Holzzerlöse immer noch stark im Sinken begriffen sind, und es fraglich ist, ob auch 1932 größere Posten der wertvollen Forstentwässerung vor der Fällung zu vertretbaren Preisen abzusetzen sind, kann die Stadt in die Zwangslage geraten, die Fällungen ganz einstellen zu müssen. Es ist also für 1932, was jetzt schon gesagt sein soll, mit einem ganz erheblichen Ausfall in den Holzzerlösen zu rechnen, sofern nicht eine unvorhergesehene Belebung der Wirtschaft eintreten sollte.

### Gasfabrik.

Auch für 1931 ist infolge der wirtschaftlichen Not mit einem weiteren Zurückgang des Gasverbrauchs zu rechnen. Im Rechnungsjahr 1930 betrug der Gasverbrauch 265 000 Kubikmeter, für 1931 kann nur mit 260 000 Kubikmeter gerechnet werden, hierzu kommt der Bedarf der Stadt für Straßenbeleuchtung usw. ca. 24 000 Kubikmeter. Die Einnahmen aus der Gasfabrik sind deshalb mit 70 000 Mark gegen 72 500 Mark im Vorjahr eingestellt worden, wogegen die Ausgaben durch Einsparung an den Gehältern, Löhnen und Betriebsmaterialien etwas gesenkt werden konnten, nämlich von 68 300 Mark i. V. auf 62 700 Mark im neuen Boranschlag. Die Gaspreise mit 20 Pfennig je Kubikmeter in 7 Monaten (Oktober bis April) und 25 Pfennig je Kubikmeter in 5 Monaten (Mai bis September) können verglichen mit den Preisen anderer Kleinstädte als angemessen bezeichnet werden.

### Elektrizitätswerk.

Die Anschlüsse an das Ueberlandwerk Leinach und an die Windhoffäge haben sich im abgelaufenen Rechnungsjahr bewährt. Sie werden sich künftig noch günstiger auswirken, da sie eine Verminderung der Personalzahl ermöglichten. Sobald sich der Stromverbrauch wieder hebt, was für 1931 noch nicht in Aussicht genommen werden kann, werden die Vorteile der Anschlüsse erst zur vollen Geltung kommen. Der Stromverbrauch konnte ungefähr in der vorjährigen Höhe eingeleitet werden, nämlich 239 000 K. W. St. Lichtstrom und 135 000 K. W. St. Kraftstrom, hierfür sind insgesamt 148 600 Mark eingeleitet gegen 152 300 Mark im Vorjahr. Der Gemeindeverbrauch für Straßenbeleuchtung und städt. Gebäude ist auf 82 000 K. W. St. berechnet. Die Ausgaben (nach Wegfall von 6 800 Mark für den Lastkraftwagen) mußten mit 102 800 Mark (gegen 107 200 Mark i. V.) eingestellt werden, worunter eine erste Rate von 10 000 Mark für eine neue Turbine enthalten ist.

Die Strompreise von 30 Pfennig je K. W. St. Lichtstrom für 7 Monate (Oktober bis April) und 50 Pfennig für 5 Monate, Mai bis September und für Kraftstrom 20 Pfennig bzw. 30 Pfennig sind angemessen und übersteigen die Strompreise anderer Kleinstädte nicht.

### Wasserwerke.

Die Wasserversorgung unserer Stadt wurde im Interesse des Bade- und Kurbetriebs letzten Winter durch Verlängerung der Kollwasserleitung vom Windhof bis zur Digastraße verbessert. Damit dürfte allen Bedürfnissen auf Jahrzehnte hinaus Rechnung getragen sein. In den Jahren 1924—1931 hat die Stadt für den Ausbau ihrer Trinkwasserversorgung 165 000 Mark aufgewendet, nämlich für die Kollwasserleitung 86 556 Mark, für die Wasserversorgung des Sommerbergs, Pumpanlage in der Rohrmüh 3 397 Mark, Pumpanlage beim Panoramahotel 14 978 Mk., Verlängerung der Rohrmühleitung zum Hochwiesenhochbehälter 15 955 Mark, Leitung in der hohenlohestraße und Enzthalstraße 5 800 Mark, Wasserleitung in den Parzellen Nonnenmüh, Rohlhäuser, Lautenhof zw. 7 976 Mark. Der Zinsendienst für diese durch Schuldaufnahme beschafften Aufwendungen erfordert erhebliche Beträge. Der Gemeinderat sah sich deshalb gezwungen, durch Beschluß vom 9. April ds. Js. den Wasserzins von 10 Pfennig auf 15 Pfennig je Kubikmeter und die untersten Pauschalzinsätze um 50 Prozent zu erhöhen. Sie sind damit immer noch an der untersten Grenze der Wasserzinsätze des Landes, die sich meistens zwischen 20—30 Prozent je Kubikmeter bewegen. Gleichzeitig wurden die Wasserwerke der Gasfabrik angegliedert, um Personal zu ersparen.

Die Wasserzinsätze sind 1931 mit 32 500 Mark (i. V. 19 000 Mark) in den Boranschlag eingestellt, die Betriebskosten und Ausgaben mit 9 500 Mark (i. V. 8 500 Mark).

### Schlachthaus.

Das Schlachthaus wurde dieses Frühjahr einer durchgreifenden Reparatur unterzogen, wofür 7 300 Mark in den Boranschlag eingestellt sind. Die Kühlmachine muß noch im Laufe dieses Rechnungsjahres durch eine neue ersetzt werden, was einen Aufwand von 15 000—20 000 Mark erfordert, hierfür ist eine erste Rate von 5 000 Mark in den Boranschlag einzustellen. Die Schlachthausgebühren, die die niedrigen des ganzen Landes waren, mußten deshalb erhöht werden. Es sind nun in den Boranschlag für Benützungsgeldern, Schlachtvieh- und Fleischbeschaugebühren 11 350 Mark (i. V. 8 150 Mark) eingestellt, denen in den Ausgaben 3 500 Mark für Schlachtvieh- und Fleischbeschau und 15 000 Mark Betriebs- und Baukosten des Schlachthaus gegenüberstehen.

### Die Schulen.

Der Gesamtaufwand für die Schulen, für Erziehung und Bildung hat sich infolge der Gehaltsenkung, der Aufhebung einer Lehrstelle an der Realschule und sonstiger Einsparungen etwas ermäßigt. Er wird 1931 mit 87 690 Mark gegen 92 690 Mark im Vorjahr eingestellt, während die Einnahmen an Schulgeldern usw. mit 14 580 Mark (i. V. 13 330 Mark) gegenüberstehen. Der Aufwand für die Lehr- und Lernmittelfreiheit von 3 030 Mark und für die Heizung, Reinigung, Beleuchtung und Bedienung mit 7 500 Mark erscheint etwas hoch. Es fragt sich, ob hier in der Zukunft nicht Einschränkungen möglich sind.

Die wiederholten Gesuche um einen Staatsbeitrag zu den Lehrergehältern und um einen Beitrag zu den Baukosten der Erweiterung der Wilhelmsschule waren auch 1930 erfolglos. Die Stadt muß sich offenbar mit der ihr bei jeder Gelegenheit gezollten Anerkennung, daß sie mit ihrem Schulwesen an der Spitze des Bezirks marschiere, begnügen. Wenn man immer wieder liest, daß Städte und Gemeinden ganz erhebliche Beiträge für Schulhausbauten und zu den Lehrergehältern erhalten, die sicherlich in keiner ungünstigeren Lage als Wildbad sind, so fragt man sich, nach welchem Maß hier gemessen wird. Die fortwährende Ausrede, daß, solange Wildbad Bürgernutzung verteilte, es nicht zu den notleidenden Gemeinden gerechnet werden könne, kann nicht stichhaltig sein, da viele Gemeinden Beiträge bekommen, die Gemeindegemeinschaften, allerdings nicht in Geld, aber an Nießbrauch von Grundstücken oder an Holzgaben in natura haben. Im Uebrigen ist anzuerkennen, daß die Schulleitungen bestrebt sind, das Schulwesen auch unter den jetzigen ungünstigen Verhältnissen auf der Höhe zu halten und wo es irgend geht, zu sparen.

### Straßen und Wege.

Die Unterhaltung der beiden Hauptstraßen der Stadt — Wilhelmstraße und König-Karlstraße —, die als Durchgangsstrecken der Staatsstraße Pforzheim-Freiburg dienen, erfordern einen von Jahr zu Jahr steigenden Unterhaltungsaufwand. Die Forderung, daß die Staatsstraßenverwaltung hierzu fortlaufende Beiträge gibt oder die Strecken ganz in ihre Unterhaltung übernimmt, muß aufs Neue gestellt werden. Auch die übrigen Straßen erfordern fortlaufende große Unterhaltungskosten. Für 1931 sind 81 600 Mark in den Boranschlag eingestellt gegen 86 700 Mark im Vorjahr. Für Neubauten und Korrekturen ist hierbei nichts vorgesehen. Die Aufwendungen für die Waldwege mit 9 120 Mark und die Spazierwege im Sommerberg mit 4 000 Mark sind hierbei nicht eingerechnet.

### Werbung für das Bad.

Die Werbung für das Bad, die bekanntlich die staatl. Badverwaltung und die Stadt gemeinsam mit hälftiger Kostenteilung besorgen, erfordert 1931: 39 000 Mark, einschließlich des Beitrags an den Kurverein von 4 000 Mark. Diesem Aufwand steht in der Einnahme der Anteil an der Kurtag mit 22 500 Mark gegenüber, von dem aber auch der beträchtliche Aufwand für Spazierwege, Sitzbänke, Schuhhütten usw. zu bestreiten ist.

### Bergbahn.

Die wirtschaftliche Lage wirkt sich auch bei den Einnahmen der Bergbahn aus. Während 1930 noch 116 000 Mk. Fahrgehalt in den Boranschlag eingestellt werden konnten, können 1931 nur 95 000 Mark eingeleitet werden. Die Gesamteinnahmen betragen 1931: 106 200 Mark gegen

125 840 Mark i. V. Die Gesamtausgaben werden mit 83 400 Mark eingestellt (i. V. 90 840 Mark), wo bei 2 Ausgabeposten mit zus. 8 500 Mark für Erneuerung der Stromleitungen und Reparaturen der Maschinen dem Reserve- und Erneuerungsfonds entnommen werden. Letzterem werden im Boranschlag wie im Vorjahr 15 000 Mark neu zugewiesen. Nach Abzug der genannten 8 500 Mark weist er dann noch einen Bestand von rund 30 000 Mark auf. Es ergibt sich ein Betriebsüberschuss der Bergbahn für 1931 von 22 800 Mark, welche zur Deckung des Abmangels des Gemeindehaushalts herangezogen werden können.

### Abmangeldeckung.

Der heutige Boranschlag ist mit größter Sorgfalt aufgestellt. Bei 61 Ausgabeposten wurden gegenüber dem Vorjahr Abstriche gemacht, die sich insgesamt auf 114 259 Mark belaufen. Dagegen entstanden bei 23 Ausgabepositionen unvermeidliche Mehrausgaben gegenüber dem Vorjahr von insgesamt 55 259 Mark, so daß sich an den Ausgaben eine Gesamtersparnis von rund 58 000 Mark ergibt, worunter sich ca. 29 000 Mark Einsparungen an Gehältern durch Gehaltskürzung und Stellenabbau befinden.

Als unvermeidliche Mehrausgaben erschienen u. A. folgende größere Posten: Mehrbedarf für Schulzinsen und Schuldentilgung 3 300 Mark, für Elektrizitätswerk 1. Rate für Turbinen 10 000 Mark, für Maschinenerneuerungsfonds (Rückstellung) 2 500 Mark, für Amtsstörperchafsumlage 2 000 Mark, für Fürsorgekosten 20 180 Mark, für Schlachthaus 10 106 Mark, worunter 1. Rate von 5 000 Mark für die Kühlmachine, für Wasserversorgung 1 000 Mark, für Ruhegehälter der Straßenarbeiter und Unfallversicherung derselben 1 685 Mark usw. Bei den Einnahmen ergeben sich bei 11 Positionen Mehreinnahmen mit insgesamt 33 210 Mk., worunter für Bürgersteuer 4 800 Mark, für Biersteuer 8 500 Mark, Hundsteuer 1 000 Mark, Verwaltungsgebühren 400 Mark, Realschulgelde etc. 1 300 Mark, für Schlachthausgebühren und Fleischbeschau 3 200 Mark, für Wasserzins 13 530 Mark. Dagegen bei 22 Positionen Wenigereinnahmen mit insgesamt 73 380 Mark, wovon die wichtigsten sind: für Gebäudemietzinse 1 500 Mark, für Waldungen 38 280 Mark, Gasfabrik 2 000 Mark, Elektrizitätswerk 3 700 Mark, Reichsteuerüberweisungen 9 600 Mark, Grunderwerbsteuer 3 000 Mark, Reizumwachssteuer 3 000 Mark, Vergnügungssteuer 1 000 Mark, Kurtaganteil 5 500 Mark usw. Die Wenigereinnahmen übersteigen die Mehreinnahmen also um rund 40 000 Mark. Es ergibt sich somit der oben berechnete Abmangel von 299 500 Mark, gegen 317 370 Mark im Vorjahr. Der Abmangel konnte also um rund 18 000 Mark gesenkt werden. Dieser Abmangel von 299 500 Mark würde eine Umlage von rund 30 Prozent der Ertragskataster erfordern, wobei zu bemerken ist, daß die drei Posten: Amtsstörperchafsumlage mit 72 000 Mark, Schulkosten mit 73 090 Mark und der Fürsorgeaufwand mit 43 710 Mark zus. 188 800 Mark allein eine Umlage von rund 19 Prozent ausmachen. Da eine Belastung der Steuerzahler durch eine Umlage von 30 Prozent bei dem schlechten Geschäftsgang im Fremdenverkehrsgewerbe unmöglich ist, müssen Mittel und Wege gefunden werden, es bei dem vorjährigen Umlagesatz von 20 Prozent zu belassen. Dabei muß auch heuer wieder darauf verzichtet werden, die für die städt. Werke (Gas- und Elektrizitätswerk) so dringend nötigen Rücklagen zu machen. Die Ueberflüsse der Bergbahn müssen mit Ausnahme der Zuweisung zum Erneuerungsfonds von 15 000 Mark wieder voll und zwar in Höhe von 22 800 Mark zur Deckung des Abmangels herangezogen werden.

Es wird demzufolge beantragt, den Abmangel von 299 500 Mark

a) durch eine Umlage von 20 Prozent der Ertragskataster von 985 000 Mark mit	197 000 RM.
b) durch einen Zuschuß der städt. Bergbahnverwaltung laut deren Boranschlag von	22 800 RM.
c) durch Ausbringung der 1. Rate für den geplanten Einbau einer Turbine des Elektrizitätswerks und des Bauaufwands im Schlachthaus einschließlich der 1. Rate von zus.	10 000 RM. 10 100 RM.
aus Darlehensmitteln	zuf. 239 900 RM.

zu decken und bezgl. des verbleibenden ungedeckten Abmangels von 59 600 RM. um einen Zuschuß aus dem Ausgleichsstock und um einen Staatsbeitrag zu den Lehrergehältern der Volksschule und außerdem wegen des Steueranfalls bei der staatl. Badverwaltung um einen Steuerbeitrag beim Finanzministerium einzukommen.

Nach Verlesen des ganzen Boranschlags durch Rechnungsrat Schmid und nach eingehender Beratung wird hierauf, nachdem während der einwöchigen öffentlichen Auslegung Einsprachen gegen den Boranschlag nicht erhoben worden sind, einstimmig beschlossen, den Boranschlag in seinem ganzen Umfang zu genehmigen und festzustellen und die Anträge der Verwaltung bezüglich Deckung des Abmangels zum Beschluß zu erheben.

Die Gesuche um Beiträge aus dem Ausgleichsstock, zu den Lehrergehältern und um einen außerordentlichen Steuerbeitrag werden verlesen und unterzeichnet.

An der Aussprache die sich auf einzelne Punkte bezog, beteiligten sich fast alle Mitglieder des Gemeinderats. Bei Position „Waldungen“ würdigt Stadtrat Bött über den Posten „verstärkter Forstschutz, Stellvertretungskosten usw.“ mit 1600 Mark detaillierte Aufstellung, Stadtrat Bött vermutete anscheinend unter diesem Posten und wie aus dem Schluß der Sitzung hervorgeht mit Recht, die 800 Mark Wohnungsgeldzuschuß für den städt. Forstmeister. Bei Kapitel „Straßen und Wege“ legten sich Stadtrat Bött, wie schon so oft für Instandsetzung der Rennbachstraße, St. R. Schanz für Verbesserung des Drisweges in Sprollenhau ein. In einer längeren Aussprache über die Position „Werbung für das Bad“ wurden von verschiedenen Seiten wertvolle Anregungen gegeben; der Vorsitzende gab Aufklärung für welche Art von Werbung die Selber Verwendung finden. Nachdem der Boranschlag Punkt für Punkt durchgegangen war, fand noch eine Art Generaldebatte statt, an der sich die Stadträte Huzel, Stephan und Frißche beteiligten. Stadtrat Huzel trat für eine Senkung der Verwaltungskosten ein; Stadtrat Stephan betonte, daß die Gemeinden mit Waldbesitz nicht mehr die reichsten seien; er streife das Anwachsen der Wohlfahrtslasten, erwähnte den Jungplan und sprach sodann dem Vorsitzenden und den Beamten der Gemeinden den Dank des Gemeinderats aus und knüpfte daran den Wunsch, daß das Zusammenarbeiten des Gemeinderats ein recht inniges sein möge. Stadtrat Frißche schloß sich den Ausführungen seines Vorredners an; er erklärte den Abmangel durch die wirtschaftliche Lage bedingt; das Gewerbe könne und dürfe durch weitere Steuern nicht belastet werden.

2. Schlachthaus-Kühlmaschine. Dem Beschluß des Gemeinderats vom 24. Januar 1931, wonach 5 Pfennig Beschaugebühr für jedes Kilo eingeführtes Fleisch erhoben wird, wurde vom Innenministerium die Genehmigung nicht erteilt. Der Beschluß wurde in der gestrigen Sitzung dahin abgeändert, daß die Beschaugebühr auf 3 Pf. festgesetzt wurde, wozu noch eine Schlachthausgebühr von 2 Pf. für jedes Kilo eingeführtes Fleisch kommt. Der Einbau einer neuen Kühlmaschine, der sich nicht länger hinausschieben läßt, soll nach Abschluß der Kurzeit erfolgen. Weitere Anstände, die nach einem Schreiben des Oberamtsärztlichen im Schlachthaus vorhanden sind, sollen in nächster Zeit beseitigt werden.

3. Stromleitung zur Bergbahn. Eine neue elektrische Zuleitung zur Bergbahn wurde hergestellt. Der Stadtbauamt trat dafür ein, die alte Kupferleitung vorläufig aufzubewahren, bis eine Erhöhung des Kupferpreises eintritt; der Gemeinderat dagegen beschloß mit acht gegen sieben Stimmen, die alte Leitung jetzt schon abzugeben, um die Kosten der neuen Zuleitung in der heutigen Zeit der Geldknappheit möglichst zu senken.

4. Sonstiges. Unter diesem Punkt wurden einige kleinere Angelegenheiten weniger wichtiger Natur erledigt. — Vor Schluß der öffentlichen Sitzung erklärte Stadtrat Bott und Stadtrat Waidlich zu Protokoll, daß sie den jährlichen Wohnungsgeldzuschuß von 800 Mark für den städt. Fortmester beanstanden und beantragen, diesen Betrag zu streichen. Dieser Betrag war im Voranschlag nicht klar ersichtlich aufgeführt. Der Antrag wurde mit allen gegen drei Stimmen (Bott, Waidlich, Hugel) abgelehnt.

Eine Erfindung für die Frauenwelt! Wir können heute über eine Neuheit berichten, durch die jede Haarwäsche zum Vergnügen wird. Es ist die „Schaumbrille“, die Schaum und Wasser bei der Kopfwäsche den Augen fernhält. Auf diese Weise hat man bei der Haarwäsche stets freie Sicht. Diese neue „Schaumbrille“ finden Sie jetzt als Hülle bei jeder Packung von „Schwarzopf-Extra“, dem Haarglanz-Schaumpon, auch bei der neuen Spezial-Sorte Schwarzopf „Extra Blond“ für Blondinen!

**Burkbraun**  
**Radium-**  
**SCHOKOLADE**  
D. R. P. und Auslandspatente  
**entschlackt, erfrischt**  
**kräftigt und verjüngt**  
Überall erhältlich.

Der Lohnstreik im Ruhrbergbau. Zu den am 25. Juni im Reichsarbeitsministerium stattgefundenen Nachverhandlungen über den Lohnschießspruch im Ruhrbergbau vom 20. Juni 1931 war eine Einigung der Parteien nicht zu erzielen. Die Entscheidung über den Antrag auf Verbindlichkeitsklärung ist nunmehr beim Reichsarbeitsminister.

**Evangelischer Gottesdienst.**

4. Sonntag nach dem Dreieinigkeitsfest, den 28. Juni 1931.  
9.30 Uhr Predigt (Text: Luc. 9, 57—62; Lied 415) Stadtpfarrer Dauber.  
Kindergottesdienst bei gutem Wetter Spaziergang, Abmarsch 1 Uhr.  
1 Uhr Christenlehre (Söhne) Stadtvikar Hesler.  
8 Uhr Bibelstunde Stadtvikar Hesler.  
Der Wochengottesdienst im Katharinenstift fällt aus.  
Am Freitag, Samstag und Sonntag wird Pfarrer Kaiser von Buchwald i. B., der im Dienst der Wichernvereinsigung in Hamburg steht, 3 religiöse Vorträge in der Kirche halten. Er wird reden am Freitag, abends 8.30 Uhr über „Das Beste in der Welt und das Notwendigste im Leben“ am Sonntag, abends 8.30 Uhr über „Der Wert des Menschen“ und wird am Sonntagvormittag die Predigt übernehmen.

**Katholischer Gottesdienst.**

5. Sonntag nach Pfingsten, 28. Juni.  
7 und 8 Uhr hl. Messen, 9 Uhr Predigt und Amt, abends 6 Uhr Andacht.  
Fest der Apostelkürsten Petrus und Paulus, 29. Juni.  
7 und 8 Uhr hl. Messen, 9 Uhr Predigt und Amt.  
Werktags: Täglich 7 Uhr hl. Messe.  
Beichte: Samstag nachmittag von 4 Uhr an, Sonntag, Feiertag und Werktag vor der hl. Messe.  
Kommunion: Sonntag, Feiertag und Werktag bei den hl. Messen.

**Badeartikel!**



**Bade Dich gesund**  
mit meinen

**Badeanzügen**

für Damen, Herren und Kinder in Wolle und Baumwolle — Herrliche Farben

**Bademänteln**

für Damen, Herren und Kinder, hübsche Muster und Farbenzusammenstellung

**Badehosen**

für Herren und Knaben, einfarbig und gestreift

**Badetücher**

in allen möglichen Größen — gestreift, kariert und bunt gemustert

**Frottier-Handtücher**

In allen Preislagen und großer Ausmusterung

**Badeschirme edel japanische Ausführung**

Kaufhaus

Größtes  
Stoffspezialhaus  
für sämtliche  
Stoffe  
von Pforzheim und  
Umgebung.

**SOMMER**

PFORZHEIM

Westl. Karl-Friedrichstraße 27  
gegenüber dem Schauspielhaus



Heute abend 8.30 Uhr  
**Singstunde**  
Kein Sänger darf fehlen!

Modell-  
**Hüte**  
über  
**50%**  
ermäßigt  
**Fertig**

Pforzheim, Schloßberg 7

**Täglich frisch:**

Buttermilch 25

Sauermilch 35

in Tongefäß

und Joghurt 30

Frische Tafelbutter

und Markenbutter

**Georg Lupfer**

Milchgeschäft.



**Der Weg zur  
Gesundheit**

Er geht über uns, ist angenehm zu gehen und sehr sparsam. Denn wenn Sie ansatz irgend einem mehr oder minder schädlichen Getränk einen von uns zu Ihrem täglichen Tischgenossen haben, so schonen Sie nicht nur ihren Geldbeutel, sondern wir

**Imnauer Apollo-Sprudel**  
und **Apollo-Quelle**  
**Toinacher Hirschquelle**  
und **Sprudel**  
**Ueberkinger Sprudel**  
und **Adelhold-Quellen**

die „Diener Ihrer Gesundheit“ halten auch Magen, Darm und Nieren in Ordnung und machen einen lebensfrohen Menschen aus Ihnen. — Wie wir, kraft unserer erdgeborenen Heilwirkung, gesund machen und erhalten, sagen Ihnen unsere interessanten Druckschriften. Verlangen Sie sofort kostenlose Zusendung von der Mineralbrunnen A.-G., Bad Ueberkingen/Würt.

Carl Tubach, Mineralwasservertrieb, Telefon 262  
Fritz Wurster, Mineralwasserhdlg., Calmbach, Tel. 348

**Fabrikfiliale bis Mk. 650.-**  
monatl. Bedingt risikolos Mk. 500.— bis 3200.—  
Bohnort gleich. Offerten 11991 an Ala-Berlin B. 35.

**Besonderer Gelegenheitskauf**  
**Böhm. Bettfedern**  
gewaschen und gereinigt — **Riesig reduziert**  
Von 9 Pfd portofrei. Graue per Pfd. —75, 1.10, Flaumrupi 1.90 und 2.90, geschliss. weiß 3.20, Halbflaum schneeweiß 4.80, daunenweich 6.50, feinstes Flaum 8.80, große **Ober- oder Unterbetten** 12.—, echtes Aussteuerbett 24.—, feinstes Mk. 38.—, Kissen 3.90, 7.80 und 12.—. Reelle Lieferung. Umtausch bei Nichtgefallen. — Master und Preisliste umsonst.  
**M. Mühlendorfer**, Bettfedernversand,  
**Haidmühle 51** bayr. Wald — böhm. Grenze.

Wildbad, 27. Juni 1931.

**Todes- + Anzeige.**

Tiefbetrübt teilen wir Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht mit, daß unsere liebe Mutter, Großmutter, Urgroßmutter, Schwester, Schwägerin u. Tante

**Frau Christine Kallfaß**  
geb. Maulbetsch, Obersägers Witwe

nach längerer Krankheit im Alter von 79 Jahren heute früh sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:  
**Karl Kallfaß.**

Beerdigung Montag nachmittag 4 Uhr auf dem Waldfriedhof.

**Landes-Kurtheater**

Direktion: Sieng-Krauß  
Fernsprecher 535

Anfang jeweils abends 8 Uhr

Samstag den 27. Juni

Gastspiel des Heldentenor

**Marius Anderlen**

vom Stadttheater Heilbronn in

**Das Land des Lächelns**

Operette von Franz Lehár

Sonntag den 28. Juni

**„Majestät läßt bitten“**

Musikal. Lustspiel von Walter Kollo

Montag den 29. Juni

**Weekend im Paradies**

Schwank von Arnold und Bach.

Die guten

**Trefzger**  
**MÖBEL**

kaufen Sie in



**Südd. Möbel-Industrie**  
**GEBR. TREFZGER GMBH**  
RASTATT



**Krieger- und  
Militärverein Wildbad**

Am 5. Juli findet der **Bezirkskriegertag** in Verbindung mit dem **50jährigen Jubiläum** des Kriegervereins Gräfenhausen in Gräfenhausen statt.

Der Verein beteiligt sich hierbei und wolle Anmeldungen zur Beteiligung bei den Kameraden Fritz Klob oder Josef Mayer bis längstens Freitag den 3. Juli abends gemacht werden, wo auch näheres über Abfahrt usw. in Erfahrung gebracht werden kann.

Der Ausschuß.

**Gelegenheitskauf**

**Harmonium**

wenig gebraucht, sehr schön im Ton, umständehalber **preiswert zu verkaufen,**

**auch in Teilzahlung.**

Anfragen erbeten unter S. L. 260 an die Tagblatt-Geschäftsstelle.

**Hypotheken, Zwischenkredite, Darlehen** (Auslandsgeld) äußerst günstig bei kulanten Bedingungen auszuleihen. Bankgeschäft Söhn, Gellershausen-Heilbrunn, Thür. Anfr. 30 Pfg. Rückp. Ia. Referenzen. Kein Vermittl.

Ein am hiesigen Plage stehendes, sehr gut erhaltenes

**Pianino**

ist miet- oder kaufweise günstig abzugeben.

Sofortige Zuschriften erbeten an

**Flügel- u. Klavierfabrik**  
**Carl A. Pfeiffer**  
Stuttgart, Silberburgstraße 120—124 a.